



Jung und alt gegen die blauschwarze Regierung

So gehen Blauschwarz mit gesetzlichen Terminen um: Passt ihnen etwas nicht, erklären sie es einfach für ungültig! So geschehen mit rund 5000 Anträgen auf Frühpension, die seit dem diesbezüglichen EU-Gerichtsurteil eingegangen sind. Wer gern um weniger länger schuftet will oder als Jugendlicher mit monatlich 3.648,- auskommen möchte, der muß diese Regierung lieben. Irgendwie macht sich aber ein gegenteiliges Gefühl breit! Was ist dagegen nötig? Genau: Ein Schulterschluss aller Betroffenen!

FRANZ BREIER JUN., SLP WIEN MITTE

In gegenseitiger Aufzählung angeblicher inakzeptabler Privilegien werden die einzelnen Bevölkerungsgruppen von Regierung und Medien gegeneinander aufgehetzt: ASVG-Versicherte gegen Beamte, Zivildienstler gegen Präsenzdienstler, StudentInnen gegen Berufstätige, In-gegen AusländerInnen, Jung gegen Alt. Aber anstatt zum Beispiel das ASVG an das Beamtenrecht anzugleichen, wird nach unten gekürzt, gestrichen und abgebaut!

GENERALANGRIFF VON OBEN

Nur Unternehmer, Hausherrn und Großgrundbesitzer profitieren von dieser Regierung und ihrer Politik. Während Ihnen über 20 Milliarden zugeschoben werden, gerät die Mehrheit der Bevölkerung unter die Räder: durch Steuererhöhungen, Urlaubsquotierung, Privatisierungen und daraus folgend Arbeitsplatzabbau und steigender Arbeitsdruck. Und diejenigen, die bereits Jahrzehnte gearbeitet haben und sich ihre Ruhe verdienen, werden mit der Pensions"reform" bestraft, müssen 18 Monate länger arbeiten und oftmals sogar mit (Alters-)Arbeitslosigkeit rechnen, wenn künftig eine Invaliditäts-Frühpension nicht anerkannt wird! Für die Jugend bringt die Regierung das absolute Ende der freien Bildung, die berechnete Angst vor einem autoritären Staat, Sklavenarbeit in Zivil- und Präsenzdienst und vieles mehr. Unsere ausländischen KollegInnen sind noch ärger als zuvor von rassistischer Praxis und einem Klima der Hetze betroffen. Die Frauen werden zurück an den Herd geschickt und um Jahrzehnte zurückgeworfen. Die Hausbe-

sorgerInnen werden wegrationalisiert! Die Liste läßt sich fortsetzen ...

ÖGB REDET NUR, ZIVILDIENER HANDELN!

Die Reaktionen auf die Pensionsattacken sind aufschlussreich: Die Industriellen-Vereinigung ist glücklich, das AMS geht von mehr Arbeitslosen und Mehrkosten aus, der ÖGB will lediglich "juristisch" den Termin anfechten. Das ist für die Betroffenen aber eindeutig zuwenig! Denn auch die, die noch den Großteil ihres Lebens vor sich haben, stehen unter wachsendem Druck: So verknüpft Blauschwarz den Marsch in die NATO mit der Zerschlagung des Zivildienst, dem Ausbluten des Gesundheitswesens und Zwangsarbeit für Arbeitslose. Am 5. Juni haben Zivildienstler dagegen zu einer richtigen Antwort gefunden: einem ersten Streiktag gegen diese Angriffe! Dieser Schritt ist vor allem auch symbolisch außerordentlich wichtig. Der ÖGB soll sich daran ein Beispiel nehmen! Mit "juristischen" Schritten ist Blauschwarz nicht beizukommen. Unser Urteil fallen wir selbst und wir sind es, die dieses Urteil auch vollstrecken müssen.

SCHULTERSCHLUSS VON UNTEN!

Dazu nötig ist die Verbindung des Widerstands der einzelnen Bereiche und Bevölkerungsteile. In welcher Form kann ein solcher Schulterschluss erfolgen? Ausgehend von den wöchentlichen Donnerstags-Demos und darüber hinaus müssen wir Druck auf den ÖGB ausüben, dass endlich den Worten Taten folgen. Für einen gemeinsamen Streik- und Aktionstag in den von Privatisierung betroffenen Betrieben und Dienststellen, des Pensionistenverbandes, der Jugend



in Schule und Ausbildung, der von der Existenzkrise bedrohten Zivildienstler etc.! Daraus muß sich letztlich eine neue Kraft entwickeln, die konsequent für und mit den Betroffenen dem Sozialraub und den Spaltungsversuchen die rote Karte zeigt. Die SPÖ ist diese Kraft nicht mehr und kann es auch nicht sein. Ihre „Vorarbeit“ von Privatisierungen, Sozialabbau und Rassismus ermöglichte diese Regierung. Sie braucht die ArbeitnehmerInnen nur mehr Stimmabgabe am Wahltag. Aber die Mehrheit von Jung und Alt braucht die SPÖ nicht mehr!

ES GIBT EINE ALTERNATIVE!

Wir müssen ab heute für eine wirkliche Alternative eintreten, denn diese und die folgenden bürgerlichen Regierungen machen letztlich nur das, was das kapi-

talistische System braucht. Sie müssen, wollen sie aufgrund einer international instabileren Lage die Profite der Unternehmer absichern, diese Attacken auf Jung und Alt durchführen. Blauschwarz ist nicht „reformierbar“, deshalb weg mit dieser Regierung. Die 2.500 reichsten Österreicher besitzen 70% des Vermögens – Geld ist genug da, nur in den falschen Händen! Stattdessen: für eine radikale Umverteilung von oben nach unten – Arbeit für alle durch Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn, 13.000,- Mindestlohn und -pension für alle, keine Privatisierungen; stattdessen Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie und Banken unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen! Dazu brauchen wir als Voraussetzungen einen kämpferischen

und demokratischen ÖGB sowie eine neue Partei, die nichts mit den etablierten Kräften zu tun hat!

Anders als es die Grünen tun, spalten wir die Gesellschaft nicht in „Jung und Alt“ auf, um uns lediglich als Lobby bloß einer Altersgruppe zu profilieren. Die SLP steht für beides: die guten alten Werte der internationalen und österreichischen ArbeiterInnenbewegung und den frischen jungen Elan derer, die heute gegen Blauschwarz kämpfen. Für die Einheit der ArbeiterInnen, Arbeitslosen, PensionistInnen und Jugendlichen im Widerstand!

29.6.2000

19 Uhr Ballhausplatz
Großdemo

„150 Tage Blauschwarz“

Warum fällt der EURO?

Die gemeinsame Währung erweist sich zunehmend als Desaster und Sprengsatz für die gesamte Europäische Union. Seit seiner Einführung hat er 25 Prozent seines Wertes gegenüber dem US-Dollar eingebüßt. Welche Mechanismen verbergen sich hinter dem Kurssturz. Warum gelingt es den europäischen Regierungen nicht gegen zu steuern. Und sind vielleicht sogar die Sanktionen gegen die österreichische Bundesregierung an der derzeitigen Entwicklung schuld, die das die Kronenzeitung behauptete?

Widerstand: Wie weiter?

Erstmals bilanziert die Sozialistische LinksPartei ausführlich die Widerstandsbewegung und analysiert die verschiedenen Strömungen und Ansätze der Bewegung. Das Ergebnis ist gespalten: Einerseits hat die Bewegung die politischen Verhältnisse nachhaltig verändert. Andererseits droht der Widerstand sich totzulaufen. Derzeit gibt es weder eine Perspektive, wie diese Regierung zu stürzen ist, noch eine echte Alternative zu ihr. Der Artikel entwickeln nicht nur zu diesen Fragen Antworten, sondern umreißt einige konkrete Projekte der SLP - wie zum Beispiel unser Antreten bei den Wiener Wahlen

Red Ken siegt in London

Das Schönste am glänzenden Wahlsieg vom unabhängigen Linkskandidaten Ken Livingstone bei den Londoner Bürgermeisterwahlen? Das ist die bittere Niederlage, die er damit Tony Blair zugefügt hat. Die britische Schwesterpartei der SLP, die Socialist Party hat Livingstones Wahlkampf aktiv unterstützt. Gleichzeitig hat sie aber auch Erfahrung mit seinen wahren Plänen gemacht und spricht eine Warnung aus: Jede/R der eine Fundamentalopposition gegen Blairs Neoliberalismus durch den neuen Bürgermeister erwartet, könnte schon bald bitter enttäuscht werden

ndpunkt + Der Standpunkt + Der Standpunkt + Der

Eine Welle des Mitleids rollt laut Kronenzeitung über Österreich. Für wen? Für die Toten des Polizeiterrors der letzten Wochen, etwa? (Erst am 19. Mai wurde schließlich ein unbewaffneter Mann, der im Besitz von Haschisch war, erschossen). Oder für die von den Steuer- und Gebührenerhöhungen betroffenen Menschen, die sich jetzt z.B. keinen Reisepass mehr leisten können? Mitnichten: Die FPÖ Landesrätin Magda Jost-Bleckmann ist das arme Opfer – ihr Mann führte ein Doppelleben und hatte ein seltsames Hobby: Er überfiel Banken. Seit seinem Tod mutierte die Familie Jost zunehmend zu Medienstars. Dabei sind kriminelle Aktivitäten im FPÖ-Dunstkreis nun wirklich nichts Neues – Stichwort Rosenstingl. Auch gegen den 2. Nationalratspräsidenten Thomas Prinzhorn wurde erst jüngst ein Verwaltungsstrafverfahren wegen „Kursmanipulation durch Verbreitung falscher Gerüchte“ eingeleitet.

ZWEIERLEI MASS

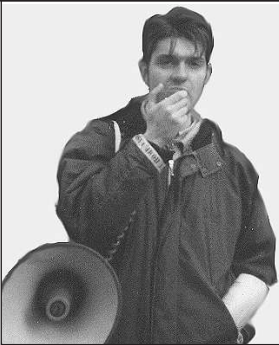
Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Niemand behauptet, Frau Jost-Bleckmann sei für die Aktivitäten ihres Mannes automatisch verantwortlich. Und auch die Tatsache, dass ein Lebenspartner mittels 15 Schüssen regelrecht hingerichtet wird, ist nicht besonders komisch. Doch ein bitterer Nachgeschmack bleibt: Es ist die FPÖ – zusammen mit Medien wie der Krone – die „Sippenhaftung“ zur Methode erhoben hat – ob gegen MigrantInnen, politische GegnerInnen oder andere. Man/frau stelle sich vor, einer Galionsfigur der Widerstandsbewegung wäre ein ähnliches Schicksal wie der Frau Landesrätin widerfahren: Haider und Cato würden wahrscheinlich Notstandsgesetze einfordern.

Gerechtigkeit für Jost-Bleckmann!?

Niemand hätte Verständnis dafür, dass erst lange auf die ausdrückliche Zustimmung der Frau Jost-Bleckmann gewartet wurde, bis die Exekutive zur Hausdurchsuchung schritt. Niemand würde Mitleid mit der „armen Schwangeren“ einfordern – sondern überall kämen plötzlich Verbindungen zum terroristischen Underground zum Vorschein.

NULL TOLERANZ

In Wirklichkeit ist die Mitwisserschaft der Frau Landesrätin nebensächlich und die Affäre Jost zwar ungewöhnlich, aber nichts Besonders. Schließlich kommen seltsame Entgleisungen gerade in den Yuppiekreisen, aus denen sich die FPÖ zunehmend rekrutiert öfter vor: Man/frau erinnere sich an die Sex- und Jaguar-Geschichten des (Kurzzeit-)Justizministers Krüger (FPÖ). Unsere Aufmerksamkeit sollte bei anderen Fragen liegen: Gerade in den letzten Wochen hat Jörg Haider durch seine Aufforderung, nichtpatriotisches Verhalten zu bestrafen, die bisher schärfste Kampfansage gegen seine GegnerInnen formuliert. Ins gleiche Horn stößt die Kronenzeitung, die einfach frech behauptet, PassantInnen würden durch die Anti-Regierungsdemonstrationen angegriffen werden und – unisono mit der FPÖ – ein schärferes Eingreifen der Polizei fordert. Für RegierungskritikerInnen gilt also offen-



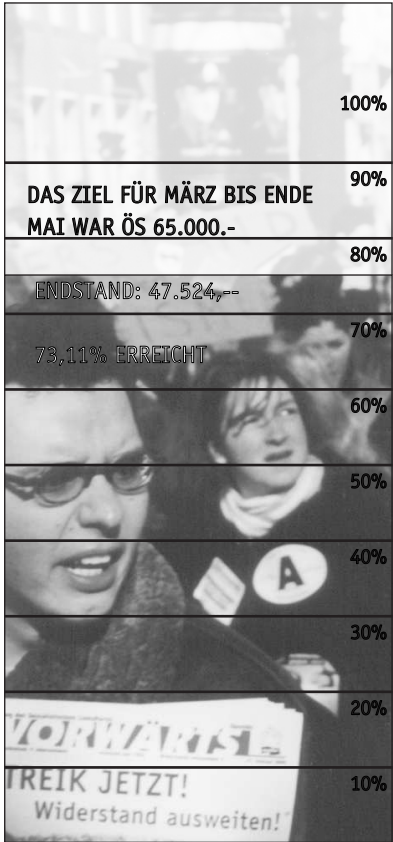
Widerstand kostet Geld!

Finanzreport

Die Demonstrationen gehen jetzt ins 5. Monat und es ist noch lange kein Ende in Sicht. Für Parteien bzw. Organisationen wie die SLP bedeuten Situationen wie diese – wie erfreulich sie auch sein mögen – eine deutliche finanzielle Mehrbelastung. Anders als die etablierten Parteien und ihre Vorfeldorganisationen (SPÖ, Grüne, SJ, Grüne Jugend etc.) verfügen wir nur über geringe finanzielle Mittel. Zwar haben wir auch keinen Schuldenberg wie die SPÖ, dafür erhalten wir auch keine Subventionen oder millionenschwere Parteienförderung aus Steuergeldern. Unsere AktivistInnen „arbeiten“ ehrenamtlich, wir verfügen über keine Druckereien, Kopierapparate etc. Unsere EDV ist mehr als veraltet und würde normalerweise gerade noch zum „Pacman“ spielen reichen. Der Lohn dafür ist unsere Unabhängigkeit. Um die auch in Zukunft aufrechtzuerhalten, sind wir auf unsere LeserInnen und SympathisantInnen angewiesen. Durch regelmäßige Spenden oder dem (Ver)kauf unserer Zeitung und unserer Broschüren, etc. können Sie/kannst Du

uns unterstützen. Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Das Ziel bis Ende August: 40.000,- Schilling



Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Linkspartei (SLP), vormals Sozialistische
Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 Zulassungsnummer 327808W97U

Neustart für die SPÖ – Der große Sprung nach vorne?

Die SPÖ in der Krise!

Mit dem Slogan „neust@rt“ hatte die SPÖ an ihrem letzten Bundesparteitag die Absicht, sich aus der Verantwortung ihrer Regierungspolitik der letzten 30 Jahre zu stehlen. Fand ein Linksruck in der Partei statt? Tatsächlich entledigte sich die SPÖ öffentlich alter Grundsätze und verabschiedete sich von jeglicher sozialer Programmatik. Doch Schuld an der jetzigen Situation trägt vor allem die SPÖ.

VON DAVID GLÜCK UND ALI KROPF, SLP WIEN SÜD

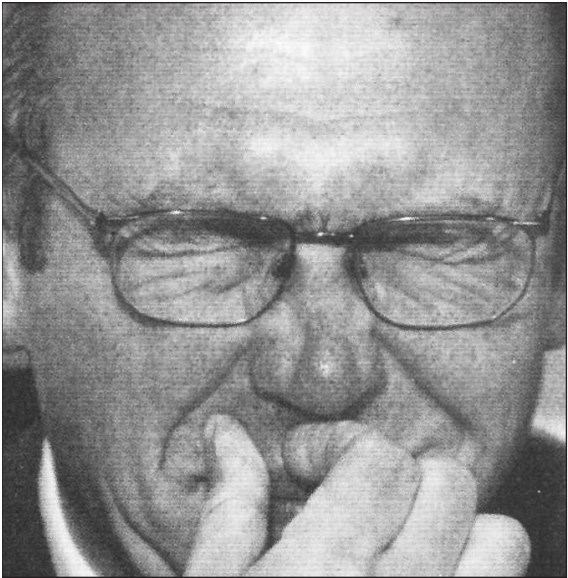
Die letzten Umfragewerte (ÖVP 31%, SPÖ 30%) zeigen es nur allzu deutlich: Die SPÖ hat es seit der Regierungsbildung nicht geschafft, irgendwie von der Widerstandsbewegung zu profitieren. Das Dilemma der SPÖ ist, dass sie einerseits versucht, den Unmut der Bevölkerung über den Sozialabbau aufzugreifen und sich andererseits dem Kapital als Garant für den sozialen Frieden zu präsentieren.

EU BEDEUTET SOZIALABBAU UND STAATSRASSISMUS

Am 2. Juni traute sich die Parteispitze auf den Viktor-Adler-Markt in Wien Favoriten. PassantInnen sollten über die Auswirkungen der Sparmaßnahmen der Regierung aufgeklärt werden: „Die blau-schwarze Koalition nimmt die ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen ungeniert aus, um Millardengeschenke an Großbauern und Großunternehmer verteilen zu können“. Doch zwei wesentliche Punkte fehlen auf den Flugblättern: Was kann man/frau gegen die Regierung tun – und wie steht die SPÖ zu ihrer Sozialabbaupolitik in der Vergangenheit und Zukunft? Böse Erinnerungen und Befürchtungen werden hier bei vielen ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

wach. Gusenbauer wird nicht müde, sich allorts als Garant für die „Werte“ der EU zu präsentieren. Nur, was sind diese Werte? Die Erfüllung der Maastricht- und Schengen-Abkommen! Das bedeutet aber verstärkten Sozialabbau und Staatsrassismus – genau jene Themen, gegen welche die SPÖ vorgibt, zu „kämpfen“. Während die Regierung bei ihren Sparplänen auf die Vorgaben aus Brüssel und die Einhaltung der Maastricht-Kriterien verweist, wird die „Europapolitik“ zum bestimmenden politischen Aspekt der SPÖ. So strotzte auch die Rede Gusen-

Das Dilemma der SPÖ: Der politische Spagat ihrer Europapolitik. Gusenbauer will der Garant für die „Werte“ der EU sein – das bedeutet aber Sozialabbau und Staatsrassismus!



Europäische Union

Warum fällt der EURO?

Der Wertverlust des EURO von ca. 25% innerhalb eines Jahres gegenüber dem US-Dollar ärgert nicht nur Reisende in nicht-EU Staaten. Der EURO-Verfall ist Ausdruck der Schwäche der europäischen Wirtschaft und der wachsenden Skepsis gegenüber dem ganzen EU-Projekt.

Europa erholt sich gerade erst ein wenig aus einer wirtschaftlichen Flaute (2% Wachstum im vorigem Jahr). Der hohe Dollar stellt eine gewisse Konjunkturlilfe dar, ohne die der „alte“ Kontinent vielleicht schon in einer Rezession wäre: Außerhalb der EU sind EU-Produkte dadurch schlichtweg billiger. Umgekehrt würde eine Dollarabwertung – sie ist möglich, wenn der US-Konjunkturmotor ins Stottern gerät – fatale Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft haben. Gleichzeitig belastet aber der niedrige EURO-Kurs vor allem die öffentlichen Haushalte: Kapital bzw. Kredite auf den internationalen Finanzmärkten werden „teurer“, heimisches Kapital „flieht“ aus dem EU-Raum zu stärkeren Währungen.

HINTERGRUND DER EURO-SCHWÄCHE Das Dilemma des EURO-Projekts ist grundlegend: Es gibt zwar eine einheitliche Währung, aber kein einheitlich agierendes europäisches Kapital. Der Nationalstaat ist und bleibt die entscheidende Ebene der Finanzpolitik; zu groß sind die Unterschiede und Interessensgegensätze zwischen den verschiedenen (kapitalistischen) EU-Staaten. Im konkreten Fall des EURO-Tiefs bedeutet das, dass die EU-Institutionen keinerlei Möglichkeiten und (Finanz-)Mittel zur Verfügung haben, um durch eine gesamteuropäi-

sche Strategie der Krise des EURO etwas entgegenzusetzen. Damit geht allerdings ein weiteres Problem einher. Einig waren sich die europäischen Kapitalisten bis jetzt vor allem in einem Punkt – Sozialabbau. Das EURO-Projekt diente als Brechstange, um durch den Maastrichtvertrag und die Konvergenzkriterien Kürzungsmaßnahmen in den einzelnen EU-Staaten als notwendig zu verkaufen. Der Preis dafür: eine latente Skepsis gegenüber der EU. Diese drückte sich einerseits

Schwäche des EURO-Projekts versetzte der Regierungseintritt der vermeintlich – „EU-skeptischen“ FPÖ die europäischen Regierungen in helle Aufregung. Die Sanktionen stellen in erster Linie einen Warnschuss an Schüssel/Haider dar, sich in Sachen EURO brav zu verhalten. Die Präambel zum Regierungsprogramm hat weniger mit Menschenrechten zu tun, als mit einem feierlichen Versprechen von Schüssel und Haider, nicht vom dem EURO-Kurs auszuscheren.

KEINE GEMEINSAMEN „WERTE“

Der Widerspruch zwischen den Versprechen in den Hochglanzbroschüren der EU und der EURO-Krise, dem Sozial-

Schon bald Monopoligeld?

in Protesten und Streiks, andererseits auch in der Unterstützung für rechtsextreme Kräfte aus. Eine EURO -Krise könnte hier zu einer Explosion führen.

EURO-TIEF WEGEN SANKTIONEN?

„Sanktionen wegen EURO-Tief“ kommt der Wahrheit dieser Krone-Schlagzeile schon näher: Angesichts der potentiellen

abbau und dem Rassismus in allen EU-Staaten ist für viele ArbeiterInnen inzwischen augenfällig. In zentralen Fragen (EURO, Erweiterung, EU-Reform, Sanktionen...) herrscht Uneinigkeit. Demgegenüber gilt es, die Einheit gegen EU-Sozialabbau und Rassismus von „unten“ zu erkämpfen.



Für einen kämpferischen, demokratischen und unabhängigen ÖGB!

Streik – das Gebot der Stunde!

Durch die neue Regierung und ihre Angriffe zeigt sich wieder einmal deutlich die Rolle der Gewerkschaftsführung. Anstatt gegen die blauschwarze Sozialabbaupolitik zu mobilisieren und an der Widerstandsbewegung teilzunehmen, beschränkt sich die ÖGB-Spitze auf „Bittprozessionen“ bei Regierungsmitgliedern, um doch an Verhandlungen teilnehmen zu dürfen. Damit zeigt sie sich gegenüber der Situation heillos überfordert. Wenigstens die Eisenbahner haben endlich Streiks angekündigt: Doch nur für 30 Minuten ...

VON FRANZ BREIER JUN.,
SLP WIEN MITTE

Seit dem Koalitionspoker nach den Wahlen vom Oktober 1999 stehen sowohl AK als auch ÖGB im Brennpunkt. Die einseitige Aufkündigung der Sozialpartnerschaft durch Wirtschaft und Regierung bringt die Gewerkschaftsführung in arge Bedrängnis. Sie ringt, wie ein Nichtschwimmer, um über Wasser zu bleiben, um ihre künftige Existenzberechtigung. Ihr Handeln ist bestimmt von dem Versuch, das Rad der Zeit zurückzudrehen, um wieder in die Rolle als Vermittler zwischen Wirtschaft und Arbeit schlüpfen zu können. Dabei verzichten Verzetnisch, Neugebauer & Co in voraus-eilendem Gehorsam in „alt bewährter“ Tradition auf die effizientesten gewerkschaftlichen Druckmittel – der Mobilisierung von Streiks und Kampfmaßnahmen. Schließlich will man/frau sich ja eine „gute“ Gesprächsbasis bewahren.

TATEN STATT WORTE!

Eine potentiell kämpferische Stimmung

zeigte sich in den vergangenen Monaten mehrmals. Sowohl vereinzelte Proteste (Demonstrationen) als auch die Betriebsräte-„Konferenz“ am 5. Mai im Austria Center waren vom Grundtenor „Jetzt müssen Taten folgen“ geprägt. Es brodeln an der Basis und bei vielen FunktionärInnen. Dieser Druck von unten hat zumindest die „1000-Nadelstich-Kampagne“ als schwachen Trost nach sich gezogen. Neben dieser konkreten Ankündigung gibt es dann noch die seit Februar dauernden verbalen Streikdrohungen einzelner Fachgewerkschaften. Bis jetzt verhinderte die ÖGB-Führung diese angemessene und wirksame Antwort der ArbeitnehmerInnen auf Sozialabbau und Privatisierungsterror. Zu groß ist ihre Angst, dass sich eine Bewegung bilden könnte, die ihr entgleitet und so setzen die ÖGB-Granden auf „Abwarten“ und Alibiaktionen, wo die Beschäftigten ihren Frust ablassen können. Dabei übersehen sie nur, dass die Zeit gegen sie und für Regierung und Wirtschaft arbeitet. Je länger diese Regierung im Amt bleibt, desto mehr gelingt es ihr, sich zu stabili-

lisieren und den Widerstand und Unmut abzuschwächen. Damit ist es nachwievor entscheidend, soviel Druck auf die

Etablierung einer neuen Tradition kämpferischer und demokratischer Gewerkschaftspolitik eine sehr schwierige

lich klar werden: Soll die Gewerkschaft wieder zu einer wirklichen Kampforganisation werden, ist ein Bruch mit der ver-

ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch gibt sich vor den Medien kämpferisch – tatsächlich hat sich an der lahmen Politik der Gewerkschaftsführung nichts geändert.



Gewerkschaftsführung auszuüben, dass sie zu konkreten Kampfmaßnahmen greifen muss – ob sie will oder nicht.

LINKE OPPOSITION AUFBAUEN!

Gelingt es, die Auseinandersetzungen weiter zuzuspitzen und es kommt zu Arbeitskämpfen in Form von Streiks, werden damit die Rahmenbedingungen in Österreich radikal verändert. Es würde das Selbstbewusstsein der Beschäftigten stärken und sowohl für die Gewerkschaften als auch die politische Bühne würden die Karten neu gemischt: eine für Österreich neue Form der politischen Auseinandersetzung. Unbestritten ist die

Aufgabe. Sind doch seit der Niederlage des großen Streiks von 1950 (unterstrammer Mithilfe des ÖGB) Generationen von KollegInnen durch die „Schule“ der Sozialpartnerschaft, des Stellvertretertums und der Passivität, gegangen. Darum kämpft die SLP schon seit Jahren für eine kämpferische und demokratische Gewerkschaft und den Aufbau einer Opposition zu den ÖGB-Fraktionen der SPÖ, ÖVP und FPÖ. Zu diesem Zweck hat die SLP gemeinsam mit dem GLB (Gewerkschaftlicher Links Block) und MigrantInnenorganisationen für die Arbeiterkammerwahl in Wien kandidiert. Über eines muß man/frau sich aber letzt-

bürgerlichten SPÖ unausweichlich. Sie und ihre „Vorarbeit“ bei Sozialabbau und Privatisierung sind an der jetzigen Situation entscheidend mitschuld! Wir versuchen gemeinsam mit anderen KollegInnen, um die aktuelle Streikforderung gegen die blauschwarzen Attacken kritische und kämpferische BetriebsrätInnen und KollegInnen zu sammeln. Dazu organisiert der SLP-GewerkschaftsStammtisch am 19. Juni zum Thema „Die Pläne der Regierung & gewerkschaftliche Gegenstrategien“ ein Treffen in Wien. (Beginn 18.00, Ort bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt, Informationen unter 01/ 524 63 10)

Betriebsratswahlen beim ÖHTB

SLP-Kandidat wiedergewählt

Zeitgleich mit der AK-Wahl (18. Mai 2000) fanden beim „Österreichischen Hilfswerk für Taubblinde“ (ÖHTB) Betriebsratswahlen und Wahlen zur Behinderten-Vertrauensperson statt. Der Betrieb „ÖHTB“ ist seit Jahren in zwei Vereine, „ÖHTB“ und „ÖHTB-Fachwerk“ aufgeteilt, obwohl beide Vereine das gleiche Vereinsziel, nämlich die „Betreuung behinderter Menschen“ haben. Vor einigen Monaten wurden dann noch Kolleginnen und Kollegen beider Vereine in einer neu gegründeten GMBH. angestellt. Die Aufspaltung der Belegschaft in 2 Vereine und eine GmbH stellt insgesamt ein Problem für eine aktive Betriebsratsarbeit dar.

Bereits im April schlossen sich die Betriebsratskörperschaft von „ÖHTB“ und „ÖHTB-Fachwerk“ zu einem gemeinsamen Betriebsrat zusammen. Beide Vereine und die neue GmbH stellen nach § 62 c Arbeitsverfassungsgesetz einen

„ÖHTB“ waren noch knapp unter 200 KollegInnen beschäftigt. Es wurde danach fast nur mehr in den Verein „ÖHTB-Fachwerk“ aufgenommen, bis schließlich die bedeutsame Grenze von 150 unterschritten wurde.



SLP-Mitglied Michael Gehmacher – Kandidat für die Wiener AK und Betriebsrat beim ÖHTB

einheitlichen Betrieb dar! Daher wurde auf einer Betriebsversammlung eine neue Betriebsratswahl für den Betrieb „ÖHTB“ ausgeschrieben. In der Vergangenheit war die Absicherung der Dienstfreistellung für die Betriebsratsvorsitzende ein Problem für den alten ÖHTB-Betriebsrat. Die Freistellung ist für eine effiziente Betriebsratsarbeit aber unbedingt erforderlich! Eine Freistellung ist ab 150 Angestellten möglich. Bei der letzten BR-Wahl im

Nach langer Zeit sehr erfolgreicher Betriebsratsarbeit, in der unter anderem der Abschluß einer guten Arbeitszeitvereinbarung gelang, wurde die Freistellung schließlich im Dezember 99 seitens der Geschäftsleitung beeinträchtigt. Wenn die Wahl eines einheitlichen Betriebsrates für den Betrieb „ÖHTB“ hält, so ist auch die Freistellung abgesichert. Der Behindertenbetreuer Michael Gehmacher wurde als stellvertretender Vorsitzender in diesen neuen gemeinsamen ÖHTB-Betriebsrat gewählt.

Arbeiterkammerwahlen in Wien – eine kritische Bilanz

„Weiterhumpeln“ mit Tumpel

Die Arbeiterkammerwahlen sind geschlagen und die FSG (AK-Fraktion der SPÖ) steht mit ihrem Spitzenkandidaten Herbert Tumpel als strahlende Siegerin da, während die „Freiheitlichen Arbeitnehmer-FA“ eine herbe Niederlage einfuhren. Mit Slogans gegen Sozialabbau und die Angriffe auf die Arbeiterkammer präsentierte sich die FSG als die VerfechterIn der Interessen der ArbeitnehmerInnen. Bleibt nur die Frage offen, warum die FSG und die von ihr dominierte AK dann die letzten Jahre zum Sozialabbau und die Angriffe der rotschwarzen Regierung geschwiegen hat?

VON KARIN WOTTAWA
& ALI KROPF

Vorweg: Die Sozialistische LinksPartei (SLP) kandidierte in Wien in der Fraktion des Gewerkschaftlichen Links Blocks (GLB), in dem auch MigrantInnenvertreterInnen und als größte Fraktion die KPÖ kandidierten. Unser Kandidat Michael Gehmacher erhielt – gemeinsam mit zwei weiteren Kollegen des GLB – in seinem Betrieb von 86 abgegebenen Stimmen 20, das ist mit 23% das beste betriebliche Ergebnis in Wien. Dicht gefolgt vom Postamt 1230 mit 20,2% der Stimmen. Insgesamt die besten Resultate wurden bei den Wiener Linien sowie der Post & Telekom erzielt. Summa Summarum erhielt der GLB in Wien 2814 Stimmen, im Vergleich zu 1994 ein Zuwachs von ca. 60 Stimmen. Das Ziel, ein zweites AK-Mandat zu erzielen, scheiterte leider an 232 Stimmen. So bleibt der GLB mit nur einem Mandat in der Wiener Arbeiterkammer.

VERTANE CHANCE FÜR DIE LINKE?

Insgesamt standen die AK-Wahlen diesesmal unter dem Eindruck des

Ergebnisses vom 3. Oktober 99 und der blauschwarzen Regierungsbildung. Also einer Situation der zunehmenden Polarisierung, was auch ein Grund für die bundesweit höhere Wahlbeteiligung war. Während in den westlichen Bundesländern noch vor dem blauschwarzen

Herbert Tumpel präsentierte sich als Garant gegen Sozialabbau – die Realität sieht leider anders aus!



Regierungsantritt gewählt wurde, fand der Wiener Wahlkampf fast zeitgleich mit den Höhepunkten der Widerstandsbewegung gegen die Regierung statt. Gerade die „Linke“ beklagt(e) den fehlenden Schulterschluss der Bewegung mit den Gewerkschaften und Aktivitäten in den Betrieben. So ergab sich die

Situation: auf der einen Seite die Widerstandsbewegung ohne Kontakt in die Betriebe und auf der anderen der AK-Wahlkampf in den Betrieben ohne großen Kontakt zu den Protesten. Der „lachende“ Dritte dabei ist und war die FSG mit ihrem Frontmann Tumpel, die das „Protest- und Frustpotential“ in den Betrieben voll ausschöpfen konnten. So zeigte im Großen und Ganzen die Linke weder ein sonderlich großes Interesse, sich dem Bündnis zwischen GLB, SLP und MigrantInnen anzuschließen noch eigenständig zu versuchen, den AK-Wahlkampf in die Proteste einzubeziehen. Das Ergebnis ist eine gestärkte FSG, die jetzt

mehr oder weniger mit einem „sowjetischen“ Resultat im Gepäck die nächsten 5 Jahre die AK nach Lust und Laune dominieren kann und eine Widerstandsbewegung mit nur wenig Kontakte in die Betriebe.

PS: Die SLP bedankt sich bei allen KollegInnen und Kollegen, die beim

Die Bewegung gegen BlauSchwarz ist sich darüber einig, warum die neue Regierung untragbar ist: Schlüssel & Co. stehen für eine Politik des Rassismus und des Sozialabbaus. Wie eine andere Politik realistisch aussehen und vor allem wer eine solche andere Politik tragen könnte, darüber herrscht Uneinigkeit und oftmals Unklarheit. Das Spektrum reicht von der Neuwahl-Initiative der Demokratischen Offensive (DO) bis zu „one solution – revolution“ (ein Slogan auf den Demonstrationen). Warum die Sozialistische LinksPartei den Kampf gegen diese Regierung unmittelbar mit dem Kampf für Sozialismus verbindet, erläutert HARALD MAHRER.

Während in den ersten Tagen des Protests viele noch von einem sehr schnellen Ende der Regierung ausgingen, treten über hundert Tage später andere Forderungen und Fragen in den Vordergrund. Der „Widerstand“ gegen Blau-Schwarz ist an einem kritischen Punkt angelangt.

KEINE STRATEGIE NACH VORNE

Der eigentlich schmale Konsens – die Gegnerschaft gegen BlauSchwarz unter dem Slogan „Widerstand“ – ist das einzige Bindeglied einer sehr uneinheitlichen Bewegung. Einige haben die Perspektive, die Regierung zu stürzen, völlig aufgegeben: Sie wollen nur noch zeigen, dass es auch ein „anderes, anständiges Österreich“ gibt. Andere – wie zum Beispiel der ÖGB – wollen das Hauptaugenmerk auf das Verhindern bzw. lediglich Verändern einzelner Maßnahmen der neuen Regierung legen und nicht auf den Aufbau einer breiten, umfassenden Bewegung zum Sturz von Blauschwarz. Gleichzeitig gibt es ein weiteres Problem: Nämlich die Frage, was denn die Alternative zu dieser Regierung und ihrer Politik darstellt? Die größte Schwäche der Bewegung besteht darin, dass sie in diesem Punkt weitgehend sprachlos bleibt. Das zeigt sich auch an der Tatsache, dass die Forderung nach Neuwahlen erst spät eingebracht und bis heute nicht besonders enthusiastisch

Verdrossenheit über die etablierten Parteien weiter. Für viele Menschen ist es inzwischen schlichtweg offensichtlich: Es gibt im Rahmen der Parlamentsparteien (inklusive LiF) keine alternative Kraft zu jener neoliberalen und rassistischen Politik. Über eine Million Menschen haben bei den letzten Wahlen nicht – also auch nicht FPÖ – gewählt, weitere Hunderttausende haben mit Bauchweh (um „Schlimmeres zu verhindern“) SPÖ oder Grünen die Stimme gegeben. In der Bewegung gegen die Regierung haben viele Jugendliche und ArbeitnehmerInnen zum ersten Mal die Möglichkeit gesehen, gegen die Politik der Herrschenden selbst aktiv werden zu können. Die Forderung nach Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt ist für viele zu Recht nicht der logische nächste Schritt. Er stellt eher den Versuch dar, den Protest auf die bisher gewohnten – und wirkungslosen – Bahnen zurückzudrängen.

WER IST „WIR“?
WER IST „ÖSTERREICH“?

Schlagworte wie „Zivilgesellschaft“ oder das schon erwähnte „andere, anständige Österreich“ geistern seit Beginn der Proteste durch die Medien. Diese Begriffe setzen voraus, dass es ein „nationales Gesamtinteresse“ gebe, welchem die neue Regierung durch ihre bloße „Unmoral“ widerspräche. Aber es gibt ein

»Während die Polarisierung in Österreich zunimmt, steigt die Verdrossenheit über die etablierten Parteien weiter.«

aufgenommen wurde. Warum?

NEUWAHLEN:
„ROT“-GRÜN IST KEINE ALTERNATIVE!

Selbst formal betrachtet ist die Forderung nach Neuwahlen, die meist mit der Option auf Rosarotgrün verbunden wird, geradezu lächerlich: Alle Meinungsumfragen deuten auf eine satte Mehrheit für die jetzige Regierung hin! SP-Chef Gusenbauer schließt für die Zukunft „Rot“schwarz keineswegs aus. Aber vor allem: Die SPÖ betrieb ebenso eine rechte Politik von Privatisierungen, Kürzungen bei sozial Schwachen und ArbeitnehmerInnen und rassistischer Praxis. Die Politik der SPÖ-Führung ist verantwortlich für den Aufstieg der Haider-FPÖ bis an die Macht. Die Ereignisse seit der Wahl und das Verhalten der SPÖ in der „Opposition“ beweisen, dass es hier keinen Kurswechsel gibt und auch nicht geben kann. Die SPÖ ist vor allem deswegen keine Alternative, weil sie in keinsten Weise mehr eine Partei der ArbeitnehmerInnen ist. Und auch die im bürgerlichen System etablierten Grünen konzentrieren sich lieber auf „Patriotismus“. Es versteckt sich hinter diesen Punkten ein grundsätzliches Dilemma: Während die Politisierung und Polarisierung in Österreich zunimmt, steigt die

solches gemeinsames Interesse aller ÖsterreicherInnen oder auch nur aller „anständigen ÖsterreicherInnen“ nicht! SozialistInnen verstehen die bestehende kapitalistische (Un-)Ordnung, sowohl international wie in jedem einzelnen Land als eine gespaltene – eine sogenannte Klassengesellschaft. Im Kapitalismus stehen sich zwei Hauptklassen gegenüber: Arbeit und Kapital. Die Interessen dieser Klassen sind miteinander nicht vereinbar, sie stehen einander diametral gegenüber. Der Interessensgegensatz ist nicht Produkt etwa eines gegenseitigen „Unverständnisses“, sondern entspringt direkt der Funktionsweise des kapitalistischen Systems. Die kapitalistische Gesellschaft ist gespalten in diejenigen, die über Besitz an Produktionsmitteln (Maschinen, Fabriken, Transportmittel etc.) verfügen und jene, die nur ihre bare Arbeitskraft haben. Letztere sind gezwungen, ihre Arbeitskraft an Erstere zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Der Kampf um den Preis dieser Ware Arbeitskraft tobt letztlich auf vielen Ebenen der Gesellschaft – um Löhne, Kollektivverträge, soziale Rechte, politische Freiheiten, Ideologie ... Wir bezeichnen ihn als „Klassenkampf“. In dieser Auseinandersetzung geht es darum, wie die arbeitende Mehrheit der Bevölkerung – die ArbeiterInnenklasse

und Jugend in ihrer Gesamtheit – ihre Interessen bestmöglich wahrnehmen kann. Zur ArbeiterInnenklasse gehören selbstredend auch Angestellte, die Mehrzahl der beamteten KollegInnen, die Masse an Arbeitslosen, pensionierte Menschen.

UNABHÄNGIGER KLASSENSTANDPUNKT

Es geht nicht um „bessere Politikkonzepte, mit denen man die Bürgerlichen schon überzeugen wird können“, sondern um das Vertrauen auf die Stärke der organisierten ArbeiterInnen, die ihre Rechte und ihre Anliegen in kollektiver Aktion erstreiten werden (bzw. könnten). Demgegenüber stehen die herrschenden Strategien, geprägt von Rassismus und Entsolidarisierung, die die ArbeiterInnenklasse spalten, von ihren eigentlichen Interessen ablenken und für andere Interessen mobilisieren sollen. In den letzten Jahren ist es den Bürgerlichen gelungen, ihren Klassenstandpunkt in vielen Bereichen als allgemein gültiges Gesetz darzustellen. Der vermeintliche Sachzwang des Sparens z.B. wird nicht nur von allen Parlamentsparteien, sondern auch von vielen ArbeiterInnen und Jugendlichen als unumstößlich akzeptiert. Vom Standpunkt der Bourgeoisie stimmt diese Sparlogik auch: Gespart werden muss bei den Sozialleistungen, um Unternehmersteuern senken zu können und so Profite zu sichern. Wie sieht das aus Sicht der ArbeiterInnen aus? In der Regierungspropaganda heißt es, jedeR ÖsterreicherIn hätte im Durchschnitt öS 205.000,- Schulden. Würde allerdings das „österreichische“ Privatvermögen ebenso „gerecht“ unter allen aufgeteilt, hätte jedeR ÖsterreicherIn öS 1.800.000,- an Vermögen. Darüber hinaus kann von einem „Spar“programm ja gar nicht gesprochen werden. Auf der einen Seite

werden den Unternehmern, Bauern und Besitzern von Immobilien öS 20,65 Mrd. gegeben. Bei ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen, Zivildienern, etc. werden öS 13,3 Mrd. genommen. Alleine die nackten Zahlen machen deutlich, dass es hier nicht um „gemeinsames Sparen“, sondern um Umverteilung zwischen den Klassen geht. Ähnlich durchsichtig sind die Forderungen nach Privatisierung im öffentlichen Sektor sowie im Gesundheits- und Pensionsbereich: Politisch geht es um die Zurückdrängung aller Elemente öffentlicher Kontrolle und Selbstverwaltung, wirtschaftlich wittern die Konzerne schlichtweg neue Geschäfte und Märkte. Ob tausende Arbeitsplätze dabei auf der Strecke bleiben, oder sich etwa sozial Schwache in Zukunft keinen Arzt mehr leisten können, spielt aus der

Interessen: ein ordentliches Sozialnetz, sichere Pensionen und eine gute Gesundheitsversorgung, Vollbeschäftigung bei existenzsichernden Löhnen mittels 30-Stunden-Arbeitswoche bei öS 13.000,- netto Mindestlohn (u.v.m.). Das Argument „aber das ist ja nicht finanzierbar, weil ... da gehen wir bankrott, verlagern den Standort, explodieren die Schulden“ richtet sich in Wirklichkeit gegen jene, die es verwenden. Es zeigt sich, dass es im Kapitalismus (selbst in der „Ersten Welt“) nicht möglich ist, eine gleichmäßige und gerechte Verteilung des vorhandenen und von der ArbeiterInnenschaft erwirtschafteten Reichtums zu erreichen. Deshalb verknüpfen wir den Kampf um jede Verbesserung mit dem Kampf für eine andere, eine gerechte Gesellschaft. Eine weitere Erfahrung der

»“Unfinanzierbar“ wäre eigentlich gar nichts. Die Frage ist, wer welche Prioritäten setzt.«

Sicht des Kapitals und seiner Regierung(en) keine Rolle.

GELD WÄRE GENUG DA ...

„Unfinanzierbar“ wäre (erst recht im offiziell achtreichsten Land der Erde!) eigentlich gar nichts. Die Frage ist lediglich, welche Prioritäten von wem gesetzt werden. Die Bourgeoisie hat – wie wir gesehen haben – klare Prioritäten: Profite und Vermögen müssen gesichert bzw. ausgebaut werden. Die Zeichen für die Wirtschaft weltweit stehen auf Sturm. Hieran ändert auch eine derzeit noch schwache Erholungsphase in USA und EU nichts! Diese Logik führt zu drastischem Sozial- und Arbeitsplatzabbau, sowie auch z.B. den Angriff auf die Arbeiterkammer und Gewerkschaften. Dem gegenüber stehen unsere

ArbeiterInnenbewegung ist, dass jede erkämpfte Reform nur von begrenzter Dauer war und sein kann. Was uns heute zugestanden wurde, weil wir unsere Stärken ausgespielt haben, wird morgen wieder unter Beschuss genommen, wenn uns die Bourgeoisie in einer schwächeren Position wähnt. Letztlich kann die ArbeiterInnenklasse ihre Errungenschaften nur absichern und ausbauen, wenn sie den Kapitalismus überwindet und den Sozialismus erkämpft.

SOZIALISMUS IST NOTWENDIGKEIT GEWORDEN!

Sozialismus ist eine Gesellschaftsordnung, in der es eine demokratische Planung der Gesellschaft und Wirtschaft durch die betroffenen Menschen selbst gibt. Der Besitz und die Kontrolle an den





Widerstand warz!

bereits oben angesprochenen Produktionsmitteln ginge in die Hände der Gesellschaft, also der arbeitenden Mehrheit, über. Das schafft die Voraussetzungen zur Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft, die die gesamte Menschheitsentwicklung prägte. Die stalinistischen Staaten der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun. Zwar gab es eine Planwirtschaft, es fehlte aber völlig an der notwendigen ArbeiterInnendemokratie! Sozialismus wird von vielen nicht als Alternative anerkannt, weil er angeblich Utopie sei. Oftmals bieten gerade diejenigen, die den Sozialismus als unrealistische Zukunftsperspektive abtun, selbst viel unrealistischere Konzepte an. Sie hoffen etwa auf die Rückkehr der Vernunft bei WählerInnen, auf eine „Läuterung“ der PolitikerInnen und auf eine Selbstbeschränkung der kapitalistischen Barbarei. Die wahre Utopie ist, der Kapitalismus würde (vielleicht irgendwann?) eine friedliche Entwicklung der Menschheit garantieren können! Zur Zeit ist die unmittelbare Ausgangslage zur Erreichung des Sozialismus sehr schwierig. Warum? Weil dazu eine starke, von der ArbeiterInnenklasse getragene, internationale revolutionäre Bewegung notwendig ist, die dieses Ziel verfolgt. Die SLP betont, dass der Sozialismus notwendig geworden ist, um auch nur ein einziges der zentralen Probleme der Menschen in Österreich und vor allem international nachhaltig zu lösen, sei es die Massenarbeitslosigkeit, Armut, Frauenunterdrückung, Rassismus, Kriege und die Umweltvernichtung. Ihre gemeinsame Ursache, der Kapitalismus, muss überwunden werden. Deshalb ist der Aufbau der revolutionären Bewegung zur Überwindung dieses Systems heute nötig!

ANSATZPUNKTE FÜR KONKRETE SOZIALISTISCHE POLITIK
Für unsere Politik gibt es folgende Ausgangspunkte: unsere Überzeugung, dass eben nur der Sozialismus eine Alternative zum kapitalistischen Chaos darstellt und der tagtägliche Kampf um Verbesserungen und gegen Verschlechterungen für die ArbeiterInnenklasse und -bewegung, welche als einzige gesellschaftliche Kraft in der Lage ist, den Sozialismus zu erkämpfen. Die ArbeiterInnenklasse und -bewegung hat in den Achtzigern und Neunzigern schwere Rückschläge erlitten. Diese Rückschläge wurden durch eine Reihe von Niederlagen ausgelöst, in Österreich zum Beispiel durch die Zerschlagung der Verstaatlichten in den 80ern, durch den Zusammenbruch des Stalinismus ´89/´91 mit der darauf folgenden ideologischen und politischen Offensive der herrschenden Klasse. Dass die ehemaligen Massenparteien der ArbeiterInnenschaft (Sozialdemokratie und teilweise KPn) international im Verlauf des letzten Jahrzehnts endgültig auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen sind und die Klasse somit ohne Partei darsteht, ist ebenso Ausdruck der verschlechterten Ausgangsposition. Hinzu kommt in Österreich das Fehlen jeglicher Kampftradition in den letzten Jahrzehnten und die massive Entpolitisierung durch die Stellvertreterpolitik von ÖGB und SPÖ. So fehlt in vielen Bereichen überhaupt das Bewusstsein, dass weiterhin Klassen mit widersprüchlichen Interessen in der Gesellschaft existieren. Es gibt aber auch positive Ansatzpunkte zu verzeichnen.

STREIKS: WICHTIG UND RICHTIG!
Dass die Gewerkschaftsspitze Anfang 2000 dazu gezwungen war, ihre Unterschrift unter den SPÖVP-Pakt zu

verweigern, oder dass die ÖGB-Spitze eine BetriebsrätInnenkonferenz gegen die blau-schwarzen Maßnahmen einberufen musste, zeigt, dass es Ansätze einer Repolitisierung an der Gewerkschaftsbasis gibt. Ein zentraler Ansatzpunkt für sozialistische Politik heute ist der Kampf um die Wieder-Etablierung des Kampfmittels „Streik“. Der Streik ist natürlich kein Allheilmittel, aber gerade in Österreich von immenser strategischer Bedeutung: Arbeitskämpfe würden helfen, das Klassenbewusstsein wieder aufzubauen, indem sie die potentielle Macht der ArbeiterInnen aufzeigt. Der Generalstreik ist und bleibt die stärkste Waffe im Arsenal der ArbeiterInnenbewegung. Er stellt an sich schon die Frage nach der Macht in der Gesellschaft. Der Generalstreik ist es auch, in dem die ArbeiterInnenklasse in einem Höchstmaß

ihre geballte Macht als Klasse erlebt, eine Grundbedingung für die Entwicklung eines sozialistischen Bewusstsein bei einer großen Zahl von ArbeiterInnen. Würde diese (oder eine folgende) Regierung durch einen Streik gestürzt, wären die Verhältnisse im wahrsten Sinne des Wortes zum Tanzen gebracht! Eine Neuwahl macht nur dann Sinn, wenn auch eine Kraft wählbar ist, die den (außerparlamentarischen!) Widerstand gegen Sozialabbau und Rassismus verkörpert!

NEUE ARBEITERINNENPARTEI NÖTIG!
Wir sind der Überzeugung, dass durch die Entwicklungen für immer mehr Menschen die Notwendigkeit, sich zu organisieren und zu kämpfen, offensichtlicher wird.

In den Gewerkschaften, um für einen kämpferischen Kurswechsel einzutreten, und in einer Partei, die tatsächlich für die Interessen der ArbeiterInnenschaft und der Jugend streitet. Die Sozialistische LinksPartei versucht alle Ansätze in diese Richtung aufzugreifen, sei es im ÖGB oder in Bewegungen, die noch keine organisatorische Ausdrucksform gefunden haben. Auch wenn die konkreten Ansätze für eine

»Zum ersten Mal seit Jahren wird politische Aktivität nicht an irgendwelche gut bezahlten Funktionäre delegiert.«

neue ArbeiterInnenpartei derzeit noch sehr klein bis kaum vorhanden sind – Dringlichkeit und Möglichkeit für eine solche Partei sind gegeben. Deshalb bleibt die Politik der Sozialistischen LinksPartei auch nicht bei der reinen Propagierung dieser Idee stecken. Eine neue, breite politische Formation der ArbeiterInnenschaft bildet sich vor allem durch den Gang der Ereignisse (Widerstand durch soziale und politische Kämpfe, Streiks, konkreten Erfahrungen). Die SLP versteht sich als ein bewusster Ansatzpunkt und versucht, konkrete Schritte in diese Richtung zu unternehmen, um diesen Bildungsprozess zu beschleunigen.

SCHLUSS MIT DER STELLVERTRETERINNENPOLITIK
Die Widerstandsbewegung hat die Tür zu einem neuen Verständnis von Politik aufgestoßen: Zum ersten Mal seit Jahren wird politische Aktivität nicht an irgendwelche gut bezahlten Funktionäre delegiert. „Der Druck der Straße“ als politischer Faktor spielt auch in Österreich wieder eine Rolle: Selbst die „Kronenzeitung“ schrieb in Leitartikeln über die neue Regierung von der möglichen „Gefahr“ eines Generalstreiks gegen die Regierung. In Wien hat inzwischen zumindest jede/r Fünfte/r unter 30 Jahren an den Demonstrationen teilgenommen. Diese Erfahrungen bedeuten eine Veränderung im politischen Bewusstsein, die nicht einfach rückgängig zu machen ist. Wir kämpfen auf allen Ebenen dafür, dass ArbeiterInnen und Jugendliche für ihre Interessen selbst aktiv werden und unterstützen jeden Ansatz in dieser Richtung. Konkret arbeiten SLP-Mitglieder z.B. in der SchülerInnen AktionsPlattform (SAP), die mehrere Schulstreiks gegen Rechtsruck und Sozialabbau initiiert hat, ebenso in der Plattform der Zivildienr. Wir sind ein

»Würde diese Regierung durch Streiks gestürzt, wären die Verhältnisse zum Tanzen gebracht!«

wichtiger Bestandteil des Aktionskomitees, welches die Donnerstagsdemonstrationen koordiniert und kämpfen über Fraktionsgrenzen hinweg – vor allem mit dem GLB gemeinsam – für den Aufbau einer Opposition in ÖGB und AK.

LINKE KANDIDATUR ZU DEN WIENER WAHLEN 2001!
Als einen notwendigen nächsten Schritt strebt die Sozialistische LinksPartei eine kämpferische, linke Kandidatur für die kommenden Wahlen in Wien an. Eine solche Kandidatur muss sich fundamental von „normalen“ Kandidaturen abheben, allein schon wegen der beschränkten finanziellen Mittel, die ihr zur Verfügung stünden. Eine solche Kandidatur muss sich inhaltlich abheben, indem sie ein

klares Profil – für die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen – zeigt und sie muss sich methodisch abheben, indem sie direkt auf die Leute zugeht und zur Mitarbeit anregt. Die KandidatInnen müssen versuchen, die WählerInnen zuhause oder am Arbeitsplatz zu erreichen, sie müssen ihre Ideen zur Diskussion stellen und nicht bloß auf ihre Überlegenheit pochen. Sie müssen versuchen, wo immer reale Kämpfe auftauchen oder Ansätze dafür vorhanden sind, diese Kämpfe zu unterstützen und in der Wahlkampagne zu verbreitern. Es ist klar, dass eine linke Kandidatur ein kühnes Ziel darstellt und es ist ebenso klar, dass ein erstes Antreten mit vielen Risiken verbunden ist, da man sich auf neuem Terrain bewegen würde. Eine solche Kandidatur wäre aber eine große Chance, wichtige Schritte in Richtung Neuformierung einer ArbeiterInnenpartei mit Massenbasis zu setzen. Hunderte, ja tausende Menschen würden zum ersten Mal mit unseren Ideen konfrontiert. Sie sähen zum ersten Mal, wie eine wirklich andere Politik gegen den neoliberalen Einheitsbrei Formen annimmt. Die SLP strebt an, eine solche Kandidatur gemeinsam mit möglichst vielen Gruppen, Parteien und Organisationen, die zu einer solchen Wahlkampagne bereit wären, auf demokratischer, gleichberechtigter Grundlage auf die Beine zu stellen. Es wäre möglich, ein derartiges Projekt aus der Widerstandsbewegung zu entwickeln und ihr gleichzeitig dadurch einen neuen Impuls zu geben. Die SLP wird sich der Verantwortung, auch auf der Wahlebene „Widerstand“ anzubieten und so auch im Wahlkampf einzubringen, in jedem Fall stellen. Für den (sehr wahrscheinlichen) Fall, dass ein solches Bündnis nicht zu Stande kommt, werden wir deshalb bei Wahlen das anzubieten versuchen, was wir alleine anbieten können: die SLP mit ihrem sozialistischen Programm und ihren sozialistischen KandidatInnen. Die Zeiten des Zuwartens, ob andere Gruppen, Parteien und Organisationen bereit sind, den Weg Richtung Neuaufbau einer breiten ArbeiterInnenpartei zu gehen, sind angesichts der Situation, in der wir uns seit einigen Monaten befinden, endgültig vorbei. Eine SLP-Eigenkandidatur wäre zwangsweise natürlich eine kleiner dimensionierte Kampagne als ein größeres Bündnis und als es die Situation eigentlich erfordern würde.

MITGLIED WERDEN IN DER SLP
Die Sozialistische LinksPartei unterscheidet sich maßgeblich von allen anderen etablierten Parteien: Ihre Mitglieder sind aktive ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche. Funktionäre haben keine Privilegien und verpflichten sich durch das Statut bei der Übernahme von Mandaten, nicht mehr als einen Durchschnittslohn zu verdienen. Internationale Solidarität ist für uns kein bloßes Schlagwort: Gemeinsam mit unseren Schwesterparteien in über 30 Ländern kämpfen wir als „Komitee für eine ArbeiterInnen Internationale“ (KAI/CWI) für den Wiederaufbau einer starken internationalen ArbeiterInnenbewegung. Die SLP ist die Partei des sozialistischen Widerstandes. Sie ist jetzt nötig, sich zu organisieren. Die SLP ist dazu die beste Möglichkeit. Sie ist eine demokratische Organisation und hat nichts mit büro-

Neuigkeiten

aus dem CWI

Sozialist ist Gewerkschaftspräsident!

Vor kurzem wurde Denis Keane – Mitglied unserer irischen Schwesterpartei, der Socialist Party (SP) – mit 48% der Stimmen zum Präsidenten der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten gewählt. Noch auf der selben Konferenz wurde eine Neuverhandlung der kürzlich getroffenen sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen gefordert. Niedrige Bezahlung, Wohnverhältnisse und Kinderversorgung sind jene Probleme, die in nächster Zeit angegangen werden müssen. Auch in Irland zeigt sich der Unmut der Basis mit der Gewerkschaftsführung. Die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten ist in Irland eine der wichtigsten. Wenn in den nächsten Jahren für höhere Löhne und gegen die Verschlechterung von Arbeitsverhältnissen gekämpft wird, kann ihr eine wichtige Rolle zukommen. Als Präsident wird Denis seinen Beitrag leisten. Wir gratulieren!

Sri Lanka: Lage verschärft sich

Um den Krieg im Norden und Osten des Landes zu finanzieren, ist der Präsident des Inselstaats auf die Idee gekommen, zwei Tageslöhne pro Monat von den ArbeiterInnen zu kassieren. Nicht nur in den Betrieben regt sich dagegen Widerstand. Unsere Schwesterorganisation hat sich an einer Initiative gegen diese Maßnahme beteiligt. Darüber hinaus setzen unsere GenossInnen – unter denkbar schwierigen Verhältnissen – alles daran, ihren „unabhängigen Klassenstandpunkt“ bekannt zu machen. Sie treten für ein Ende des Krieges, gegen Kapitalisten am Verhandlungstisch und für das Recht auf Unabhängigkeit der Tamilen ein. Die Tatsache, dass die Regierung eine Niederlage auf sich zukommen sieht, lässt für die nächsten Wochen furchtbare Zustände – speziell in der Hauptstadt – erwarten. Solidaritätsaktion sind jedenfalls nötig!

Nigeria: Sozialistische Aufbauarbeit erfolgreich

In kaum einen Land sind die Bedingungen für den Aufbau einer revolutionären Kraft so schwierig wie in Nigeria. Der Regierungsterror und die Herrschaft riesiger Konzerne bringen regelmäßig Repressionen an politisch aktiven Menschen – bis zu Morden. Umso notwendiger ist organisierte politische Aktivität. Und umso bemerkenswerter ist die Aufbauarbeit unserer Schwesterorganisation – der Democratic Socialist Movement (DSM). Erst kürzlich konnten zwei neue Ortsgruppen aufgebaut werden. Hunderte Zeitungen wurden allein am ersten Mai verkauft – erstmals auch im Westen des Landes. Auch Repressalien wie die kürzliche Verhaftung zweier Genossen können die GenossInnen der

Simbabwe

Landreform oder Repression?

Die Medien Europas haben plötzlich ihr Interesse für Afrika entdeckt: Krokodilstränen werden vergossen – allerdings nur für die tapferen, weißen Männer, die in Simbabwe „ihr“ Land verteidigen. Sogar ein Österreicher befindet sich unter ihnen, der ZIB auch einige Minuten Beitrag wert war.

VON PIA ABEL, SLP WIEN SÜD

Ein Drittel der Fläche Simbawes und drei Viertel des besten Ackerlandes befinden sich in Händen von 4500 weißen, kommerziellen Farmern, in einem Land mit 12 Millionen EinwohnerInnen und der Größe Spaniens.

DIE FEHLENDE LANDREFORM

Der Ruf nach Land war ein Hauptpunkt für die Bevölkerung Simbawes gewesen, um den blutigen Freiheitskampf mit 30.000 Toten gegen die britische Kolonialmacht auf sich zu nehmen. 1979 musste der Imperialismus seine – vorläufige – Niederlage akzeptieren. Die Partei der einstigen Guerillabewegung, die Zanu – PF mit ihrem Chef Mugabe, stellte die Regierung eines unabhängigen Simbawes, ehemals Rhodesien. Doch schon die neue Verfassung stellte einen Kompromiss mit den Kolonialherren dar: Das „Recht“ auf Privateigentum beließ Banken, Industrie und Minen, in britischen, südafrikanischen und US-amerikanischen Händen. 20 Sitze des Parlaments wurden darüber hinaus fix für die weiße Minderheit vorgesehen!

Die folgenden zwanzig Jahre waren trotz der einstigen antikapitalistischen Rhetorik des Befreiungskampfes geprägt von einem harten, kapitalistischen Regime Mugabes. Die Neunziger Jahre führten zu einer Verschärfung der Situation: die Strukturanpassungsprogramme des IWF ließen den Lebensstandard innerhalb von vier Jahren auf das Niveau der 70er Jahre absinken. Die Gewerkschaften, die durch ihre Verflechtung zum Mugabe-Regime lahmgelegt worden waren, lösten sich seiner Zanu – PF und begannen wieder zu kämpfen.

GENERALSTREIK 1997

Der Höhepunkt der Bewegung war ein Generalstreik 1997 mit mehr als einer Million Beteiligten. Mugabe kann seitdem den schwindenden Rückhalt in der Bevölkerung nicht mehr verschleiern. Ein Referendum im Februar dieses Jahres bescherte ihm eine glatte Niederlage. Die Opposition, die MDC, war zwar ursprünglich aus den Arbeitskämpfen hervorgegangen. Sie hatte aber vom Anfang an eine klar kapitalistische Ausrichtung und ist mittlerweile von der weißen Minderheit dominiert. Die Chance, sich

als ArbeiterInnenpartei zu gründen, die ein Programm hat, das wirkliche Antworten auf die Landfrage und auf den Imperialismus gibt, wurde von seiten der MDC vor zwei Jahren verpasst. Die jetzigen Landbesetzungen bedeuten keine ernst gemeinte Bodenreform oder gar einen Transformationsprozess in Richtung Sozialismus. Sie sind Verschleierungstaktik und ein Versuch

chernd. Vor der Industrie, die sich zu einem Drittel in ausländischer Hand befindet, wird trotz aller Besetzungsambition halt gemacht; dabei wäre eine solche unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnenschaft Grundvoraussetzung für eine lebensfähige Agrarproduktion. Die Ereignisse im südlichen Afrika sind darüber hinaus ein Ausdruck für das Erbe des Kolonialismus

Mugabes, nach den kommenden Wahlen die Macht zu behalten.Es ist nicht einmal auszuschließen, dass Mugabe das Land später den Weißen wieder zurückgibt. Zudem sind die Methoden der Veteranen extrem willkürlich und ohne Konzept, dass eine Perspektive geben würde, was längerfristig mit dem Land passiert. Auf die Landbevölkerung wirkt dies verunsich-

und die ungelösten Grundprobleme – Land und Freiheit – des ganzen Kontinents.

Wahlen in London

Aufstand gegen „New Labour“

Bei den Londoner Wahlen am 7. Mai erhielt Tony Blair die Rechnung für seine Politik. Die Angriffe auf Gesundheits- und Bildungswesen und die Privatisierungspolitik stehen um nichts hinter denen der verhassten Tories zurück. Der Sieg von New Labour Dissident Ken Livingstone bei den Bürgermeisterwahlen hat die breite Ablehnung für Blairs Politik deutlich gemacht. Er zeigte auch die Notwendigkeit und Chancen für eine Kraft links von der Labour Party (LP).

VON SONJA GRUSCH, SLP WIEN NORD

Der ”Rote Ken“ hat eine lange Tradition die auf seine Rolle im ”Greater London Council“ in den 80er Jahren zurückgeht. Während er damals für Reformen stand, tritt er heute v.a. als Londoner ”Regionalnationalist“ auf. Zwar bedient er sich immer noch sozialer Rhetorik, erklärt aber gleichzeitig: ”Ich werde mit jedem Teil der Londoner Wirtschaft eine starke Partnerschaft aufbauen.“ Er fordert – völlig zu Recht – mehr Geld für die Londoner Kommunalpolitik, schlägt aber gleichzeitig vor, dieses bei anderen Kommunen zu kürzen. Livingstones Kandidatur war ein ständiger Spagat zwischen ”Volkstribun“ und dem Politiker, dem die Wirtschaft vertrauen kann. Trotzdem wurde die Tatsache, dass das LP-Mitglied Livingstone gegen den Willen Blairs und gegen die LP kandidierte als linke Opposition und Alternative zu New Labour gesehen.

LIVINGSTONE FOLGT SCARGILL

Aber wie schon der Gewerkschaftsführer Scargill, so ist auch Livingstone nicht bereit, tatsächlich eine sozialistische und demokratische Partei links von der LP aufzubauen. Anstatt seine Kandidatur als Ansatzpunkt für die Formierung einer

neuen ArbeiterInnenpartei zu nutzen, übergibt er Ämter an die LP. Politisch hat er bereits die ersten Erwartungen seiner 776,427 WählerInnen enttäuscht und nähert sich den Plänen der Regierung für die Privatisierung der Londoner U-Bahnen an.

LINKE KANDIDATUREN

Gleichzeitig zu den Bürgermeisterwahlen fanden auch jene für die ”Greater London Assembly“ (GLA) statt. Von den 25 Abgeordneten wurden 14 mittels Mehrheitswahlrecht und 11 in einem Verhältniswahlrecht auf Basis von Gesamt-Londoner Listen mit einer Hürde von 5% gewählt. Auch bei dieser Wahl verlor die LP stark. Dass heute keinE sozialistischeR AbgeordneteR in der GLA sitzt, ist auf die Zersplittertheit der Linken zurückzuführen. Zumindest vier verschiedene linke Listen traten gegeneinander an: die London Socialist Alliance (LSA), ein Zusammenschluss verschiedener linker Organisationen, die Kampagne gegen die Privatisierung der U-Bahn (CATP), eine von der Londoner RMT (U-Bahn-ArbeiterInnen-Gewerkschaft) unterstützte Liste, Scargills Socialist Labour Party und die Kommunistische Partei. Die Socialist Party (SP), die britische Schwesterpartei der SLP, hat 1995 die Gründung der LSA initiiert und auch lange eine wichtige Rolle in ihr gespielt. Bei

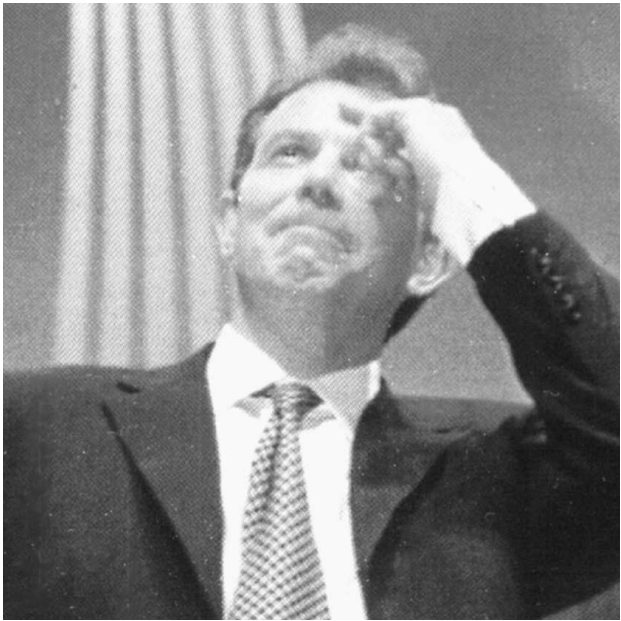
dieser Wahl hat sie v.a. versucht, die konkurrierenden linken Listen zusammenzubringen–durch Aufteilung der Wahlkreise oder durch eine gemeinsame Dachorganisation. Da das leider nicht gelungen ist, hat die SP die LSA unterstützt und der Kanidat der Socialist Alliance in Greenwich & Lewisham, SP-Bezirksrat Ian Page, erhielt mit 3981 Stimmen (4,2%) immerhin das drittbeste Ergebnis der LSA-KandidatInnen.

EINE ALTERNATIVE AUFBAUEN

Gemeinsam hätten LSA und CATP fast die benötigten 5% erreicht. Das zeigt die

dert. Für einige Gruppen stand der kurzfristige eigene Nutzen zum Aufbau ihrer Organisationen gegenüber dem der LSA im Vordergrund. Insgesamt haben die Wahlen aber gezeigt, dass es nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch ein enormes Potential für eine neue ArbeiterInnenpartei gibt. Die Unterstützung für die CATP und Livingstone aus den Gewerkschaften (die Mitglieder wählten teilweise bis über 90% für Livingstone und gegen den Labour Party Kandidaten) zeigt ihren Abnabelungsprozess von der LP. Wie auch in Österreich die SLP, sieht

Trotz einer breit angelegten Medienkampagne bescherte Labour „Dissident“ Livngstone Blairs New Labour eine schwere Niederlage bei der Bürgermeisterwahl in London



Notwendigkeit, einerseits künftig solche Spaltungen zu verhindern und anderseits die LSA zu einer Kraft für bisher noch unorganisierte ArbeiterInnen und Jugendliche zu machen. Bei diesen Wahlen wurde das durch das unheitliche Vorgehen der Linken verhin-

die Socialist Party in Britannien es als ihre Aufgabe, diesen Neuformierungsprozess voranzutreiben. Durch Bündnisse, durch Kandidaturen und v.a. durch die Beteiligung an Kämpfen der ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, PensionistInnen und der Jugendlichen.

Polizisten in Rambo-Manier: Nein Danke!

In den letzten Wochen stand die Debatte rund um mehrere Polizeiopfer im Brennpunkt: Zwei Erschossene, ein hingerichteter Bankräuber und mehrere mysteriöse Tode in Polizeigewahrsam lassen die Öffentlichkeit aufhorchen.

VON PHILIPP FLEISCHMANN,
SLP WIEN MITTE

Weniger oft thematisiert werden die regelmäßigen „Amtshandlungen“ gegen ImmigrantInnen und AktivistInnen gegen die blauschwarze Regierung. Laut Gedächtnisprotokoll eines Beteiligten „stürmte am Mittwoch, den 8. März gegen 18.15 ein Dutzend Polizisten die

Die Verhafteten wurden bis zu drei Wochen in Gewahrsam gehalten – und zwar mit der Begründung, sie hätten keine gültige Aufenthaltsbewilligung. Dass sie Asylwerber sind, die auf die Bearbeitung ihres Antrags warten und sich mindestens bis zu dessen Erledigung in Österreich aufhalten dürfen, wurde dabei nicht berücksichtigt. (Quelle: Presstext Flughafensozialdienst).

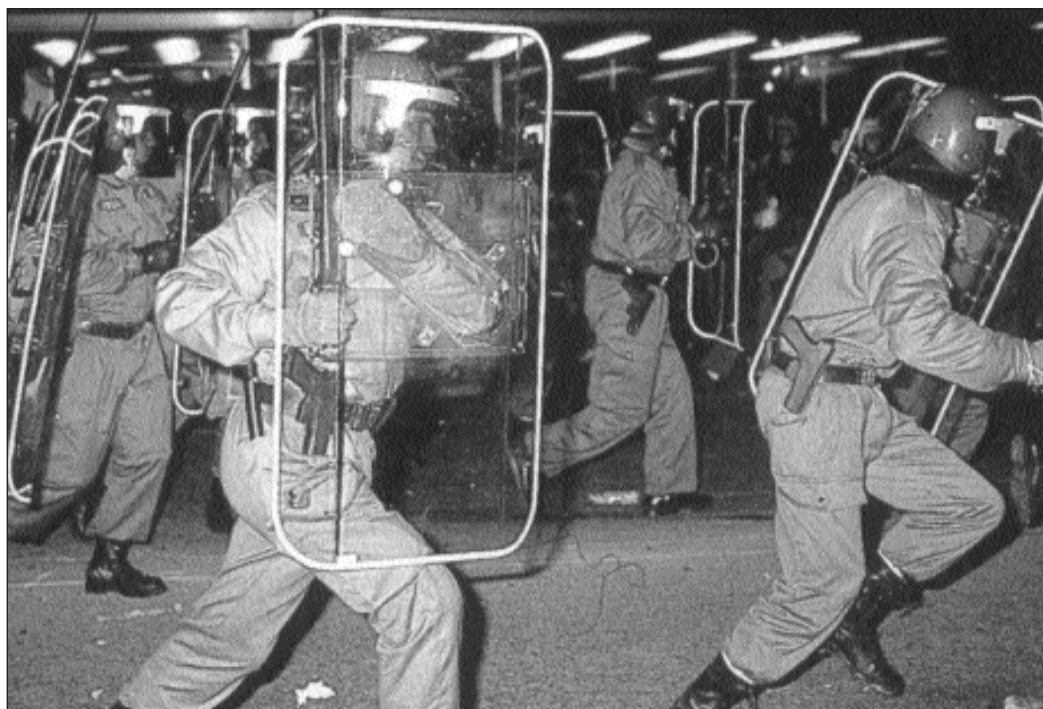
des evangelischen Flüchtlingsdienst strotzt vor unglaublichen Fakten, nur ein Beispiel: Der Anus einiger Gefesselter wurde mit dem gleichen Handschuh untersucht, teilweise wurden Vaginalvisitationen durchgeführt.

GEGEN WEN RICHTEN SICH DIE ÜBERGRIFFE?

Auffallend am Verhalten der Polizei ist, dass – voerst – „nur“ gegen Einzelpersonen und kleine Menschenmengen vorgegangen wird. So bekommen Demons-

mehrere Tage in Haft. Grund (unter anderem): Widerstand gegen die Staatsgewalt. Auch das Beispiel weiter unten zeigt das selbe Schema: Einzelpersonen werden eingeschüchtert, Polizei und Justiz gehen vor allem gegen Menschen vor, die aus dem vorgesehenen Raster ausbrechen – „AusländerInnen“, politische AktivistInnen, ... Gleichzeitig wird so der Boden für größere Schläge z.B. gegen die gesamte Widerstandsbewegung aufbereitet.

Unter diesen Vorzeichen ist eines klar: Dass die Regierung gerade jetzt Polizeibefugnisse ausweiten will, zeigt, dass sie diese Praxis begrüßt. Das umgekehrt ein Apparat, der pausenlos rassistische Gesetze vollzieht und eine Rechtsregierung schützt, selbst zu Übergriffen gegen MigrantInnen und Linke tendiert, liegt auf der Hand. Darum ist es notwendig, gemeinsam die Opfer der Polizeigewalt zu unterstützen und gegen jede Ausweitung polizeilicher Befugnisse



Die Hüter von Recht und Ordnung bei der Arbeit.

Büro- und Beratungsräume des Flughafensozialdienstes, einer AusländerInnenberatungsstelle in Wien“. Unter dem Vorwand, ein Nachbar hätte einen „Schwarzen mit Waffe“ gesehen, wurden die Papiere kontrolliert und acht Personen festgenommen – obwohl keine Waffe vorhanden war. Als ein Mitarbeiter der Beratungsstelle die Dienstnummer eines Beamten erfahren wollte, konterte dieser mit „Wenn Sie uns so ansprechen, kommen wir jeden Tag“.

POLIZEIÜBERGRIFFE NICHTS NEUES

Vorfälle wie diese gibt es aber nicht erst seit der Bildung der FPÖVP – Regierung. Selbst nach der Ermordung Markus Omofumas gab es, von den Medien wenig beachtet, eine Reihe von Polizeiübergriffen auf AsylwerberInnen. Exemplarisch sei die Durchsuchung des Flüchtlingslagers Traiskirchen genannt, wo AsylwerberInnen viereinhalb Stunden gefesselt stehen mussten und sich nicht vom Platz bewegen durften. Der Bericht

trantInnen auf der wöchentlichen Demonstration gegen Blauschwarz die Polizei nur wenig zu Gesicht. Nach der Demo am 2.3. wurden aber drei DemonstrantInnen am Heimweg im Taxi von Beamten einer neu gegründeten Freiwilligen-Einsatztruppe SEK mit vorgehaltener Waffe aufgehalten. Da die Beamten der SEK in zivil und nicht als Polizisten erkenntlich sind, leisteten die Betroffenen Widerstand gegen diesen Überfall von Fremden. Sie verbrachten

Polizeiübergriff auf Schwarzafrikaner

Zivilcourage mit Folgen ...

19.6.99, 23:55. An Händen und Füßen gefesselt wird ein Schwarzafrikaner aus der Straßenbahnstation Matzleinsdorfer Platz gezerrt. Sein T-Shirt ist zerrissen und voller Blut. Auf den Stiegen haut einer der vier beteiligten Polizeibeamten noch einige Male mit der Faust ins Gesicht des jungen Mannes. Die 23-jährige Kindergärtnerin Nicole wird Augen- und Ohrenzeugin der Vorfälle. Als einzige der Anwesenden meldet sie sich 10 Tage später, um als Zeugin auszusagen.

Im ersten Verfahren ist es der Schwarzafrikaner, der auf der Anklagebank sitzt. Widerstand gegen die Staatsgewalt und schwere (!) Körperverletzung lautet der Vorwurf. Immerhin hatte er nicht einsehen wollen, warum die Polizei gerade von ihm den Ausweis verlangt hatte. (Dabei ist doch klar, dass man als Schwarzafrikaner im 18er automatisch ein mutmaßlicher Drogendealer ist, wie der Richter lapidar bemerkte). Im darauffolgenden Handgemenge wurde einer Polizistin der Daumen ausgerenkt, blaue Flecken mussten die Exekutivorgane auch noch hinnehmen. Der Angeklagte wurde schuldig gesprochen. Aufgrund von Nicoles Zeugenaussage (und nur deswegen!) gab's dann doch noch ein Verfahren gegen die verantwortlichen Polizisten. Pfefferspray und Schläge ins Gesicht eines bereits Überwältigten und Gefesselten ließen den Vorwurf der „übermäßigen Gewaltanwendung“ doch legitim erscheinen. Ein

Hauch von Gerechtigkeit? Vor Gericht wurde Nicole mit der Tatsache konfrontiert, dass sie als einzige Zeugin die Vorwürfe gegen die Beamten aufrecht erhalten hatte. Der betroffene Schwarzafrikaner hatte – offensichtlich unter Druck – seine Aussage zurückgezogen. Wenig verwunderlich unter Umständen, in denen eine wegen der Polizeigewalt drohende Erblindung im Gerichtsprotokoll als „Errötung der Bindehaut“ vermerkt ist. Die Polizisten wurden freigesprochen. Konsequenz: Die 23-Jährige hat mit einem Verfahren wegen falscher Zeugenaussage zu rechnen. Hoffnung auf Freispruch besteht – aufgrund der zuvor gefällten Urteile – kaum. Drohendes Strafmaß: 5000 Schilling. Doch Nicole lässt sich nicht einschüchtern. „Jederzeit wieder“, meint sie. Denn es gibt nur eine falsche Antwort auf derartige Einschüchterungsversuche: sich der staatlichen Repression geschlagen zu

Die Sozialistische LinksPartei – Wer wir sind und was wir wollen:

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn ÖS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf

- und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung

- der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.